



.....

## Freie Ärzteschaft: „Stopp der eCard“

Die eCard wird kommen, wohl nicht – wie laut Gesetz festgelegt – flächendeckend ab Januar 2006. Aber die Bundesgesundheitsministerin wird das Projekt voranpeitschen, um für das Wahljahr mit „Erfolgsmeldungen“ gerüstet zu sein.

Gegen die Einführung der eCard kämpft die Freie Ärzteschaft deutschlandweit mit der Aktion „Stopp der eCard“: Der tatsächliche Nutzen der geplanten eCard, der Telematik-Infrastruktur zur „medizinischen Rasterfahndung“ – so die Freie Ärzteschaft –, für Ärzte und Patienten liege weitgehend im Dunkeln. Der Profit für die beteiligte Industrie und die Krankenkassen schein dagegen für jedermann ersichtlich.

Die Freie Ärzteschaft stellt im Internet Patienten-Flyer, Unterschriftenlisten und eine



stilisierte eCard zum Ausdruck bereit. Damit können die Patienten im Wartezimmer über die eCard und ihre möglichen Folgen informiert werden und sich in ausliegende Unterschriften-

listen eintragen, um so gegen die zentrale Datenspeicherung zu protestieren. Diese Unterschriftenlisten werden von der Freien Ärzteschaft gesammelt und dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) zugestellt. Eine Arztinformation stellt die wesentlichen Aspekte der eCard aus Sicht eines Arztes vor. Weitere Informationen sind automatisch per Mail zu bekommen und können unter [eCard@freie-aerzteschaft.de](mailto:eCard@freie-aerzteschaft.de) angefordert werden. Die Bayerische Landeszahnärztekammer unterstützt den Protest. „Die Patientendaten sollen bleiben, wo sie hingehören, nämlich beim Arzt des Vertrauens“, so Michael Schwarz, Präsident der Bayerischen Landeszahnärztekammer.

Die Freie Ärzteschaft wurde von Ärzten gegründet, die sich im Forum von „[Facharzt.de](http://Facharzt.de)“ mit berufspolitischen Themen befaßt haben. Jeder Arzt kann sich direkt und unmittelbar einbringen. Die Information und der Austausch von Meinungen findet über das Internet unter [www.freie-aerzteschaft.de](http://www.freie-aerzteschaft.de) statt. ik

.....

## Zahnmedizin: Wissenschaftsrat empfiehlt Reformen

Der Wissenschaftsrat hat jüngst „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Zahnmedizin an den Universitäten in Deutschland“ vorgelegt. Die Bundeszahnärztekammer (BZÄK), die Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) und die Vereinigung der Hochschullehrer für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (VHZMK) unterstützen ausdrücklich die darin formulierte Forderung, Forschung und Lehre an den nationalen Hochschulstandorten erheblich zu verstärken. Die vom Rat angemahnte – in Richtung Medizin interdisziplinär ausgerichtete – neue Approbationsordnung für Zahnärzte sei im Entwurf weitestgehend abgestimmt. Dieser Entwurf wird in Kürze beim Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung vorgelegt.

Mit Blick ins Ausland liegt die vom Wissenschaftsrat als notwendig erachtete Steigerung der Forschung im Bereich der Zahnmedizin ganz im Interesse der Zahnärzteschaft, so die gemeinsame Stellungnahme der zahnärztlichen Organisationen. Der engeren Verzahnung von Medizin und Zahnmedizin kommt hierbei besondere Bedeutung zu. Allerdings müsse die über die Länder geregelte Finanz- und Personalausstattung der Hochschulen erheblich verbessert werden. In der Krankenversorgung an den Hochschulen selbst sind nach Vorstellung des Wissenschaftsrats die Kostenträger gefordert, für eine kostendeckende Vergütung zu sorgen.

In der postgradualen Weiterbildung – eine weitere Forderung des Wissenschaftsrates – wurden erste Master-Studiengänge nach internationalem Standard bereits geschaffen. Eine zu starke Spezialisierung erscheint allerdings wenig sinnvoll. Hier setzt der Berufsstand auf das Konzept des „Hauszahnarztes“, der alle Altersschichten gleichermaßen betreut und der sich individuell in ein oder zwei Fachgebieten, z.B. postgradual, besonders spezialisiert.

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder. Er hat die Aufgabe, Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung sowie des Hochschulbaus zu erarbeiten. ik/BZÄK



## GKV – Umworben

Allen gesetzlichen Hürden zum Trotz: Die Absetzbewegung der Bürger weg von den gesetzlichen Krankenkassen in Richtung Private Krankenversicherung hält an. Der Zuwachs bei Vollversicherungen – meist gutverdienende Singles – beträgt laut PKV-Jahresbericht zum drittenmal in Folge über 200.000 Personen. Dieser Aderlaß tut der GKV besonders weh, nachdem diese ehemaligen GKV-Mitglieder bei einem durchschnittlichen Beitragsatz von 7,1 Prozent des Gehalts die Beitragsbemessungsgrenze voll ausschöpfen.

Doch die GKV stemmt sich gegen diesen Trend mit einer verstärkten Kundenbindung. So vermeldet der „Branchenkompaß 2004 Gesundheitswesen“ des FAZ-Instituts, daß der hohen Wechselbereitschaft unzufriedener Kassenmitglieder mit einem verbesserten Beschwerdemanagement entgegengewirkt werden soll. Speziell in Kundeninformationssystemen wollen 85 Prozent der GKV-Kassen künftig mehr Geld investieren, so das Ergebnis der Umfrage unter Kassenmanagern. Prüfstein dieser verstärkten Kundenorientierung dürfte im zahnärztlichen Bereich der Umgang mit der neuen Festzuschußregelung beim Zahnersatz bilden. hg

## GKV – Kostensenkung mit Nebenwirkungen

Die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt freut sich über sinkende Verwaltungskosten bei den Krankenkassen. Immerhin sind die Ausgaben hier in den ersten drei Quartalen 2004 um 0,6 Prozent gesunken. Damit einher geht der Verlust von 4.500 Arbeitsplätzen, wie sich die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi beschwert. Insgesamt sind derzeit ca. 140.000 Beschäftigte bei den Krankenkassen in Lohn und Brot. Auch der positive finanzielle Entlastungseffekt wird sich jedoch spätestens mit Einführung der Gesundheitskarte umdrehen, da zusätzliche Verwaltungsaufgaben daraus erwachsen. Allein die Investitionskosten dafür belaufen sich auf mindestens eine Milliarde Euro – die Verwaltungsbürokratie noch nicht mitgerechnet. äz/hg

## ZOB: Mundgerecht

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte. Von A wie „Abrechnungsvolumina“, über B wie „Beschäftigte“ oder G wie „GKV-Ausgaben“ bis Z wie „Zahnarzteinkommen“ spannt sich das aktuelle Angebot mit Schaubildern der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) im Internet rund um das Thema Wirtschaftsfaktor Zahnarztpraxis. Kompakt und anschaulich aufbereitet werden die neuesten Zahlen und Daten aus dem Jahrbuch der KZVB der Öffentlichkeit zur schnellen Information präsentiert. Zwölf neue Diagramme bietet die KZVB-Pressestelle ab sofort im öffentlichen Teil von ZOB für Journalisten, aber auch für interessierte Zahnärzte. Die farbigen Graphiken sind als kostenloser Download frei verfügbar unter [www.kzvb.de](http://www.kzvb.de). hg

## Neue Mundgesundheitsstudie

Das Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ) startet gemeinsam mit dem Institut TNS Gesundheitsforschung die Vierte Deutsche Mundgesundheitsstudie (DMS IV). Die Studie wird in ausgewählten Stichprobengemeinden in allen Teilen Deutschlands durchgeführt. Sie läuft ab Mitte Februar, voraussichtliches Ende ist im Juli 2005. Im Mittelpunkt steht die klinische Dokumentation des Mundgesundheitszustandes aller Stichprobenpersonen. Sie beinhaltet außerdem eine sozialwissenschaftliche Befragung, unter anderem zum Mundgesundheitsverhalten, zum Alter und zur Schulbildung.

Insgesamt werden 90 Untersuchungsgemeinden einbezogen und rund 4.000 Personen untersucht. Es finden ausschließlich epidemiologische Befundungen statt, Beratungen bzw. Behandlungen werden nicht durchgeführt. In Zweifelsfällen wird der jeweilige Proband an seinen Zahnarzt verwiesen. Die DMS-IV-Studie wird aus Finanzmitteln von Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung bestritten. Durch die Großstudie sollen aktuelle und solide Informationen zum Mundgesundheitszustand und zum zahnärztlichen Versorgungsgrad der Bevölkerung in Deutschland bereitgestellt werden. ik/IDZ